

RENATE KÜNAST, JÜRGEN TRITTIN \* PLATZ DER REPUBLIK \* 11011 BERLIN

An den  
GRÜNEN-Kreisverband  
Aurich-Norden  
Osterstr. 31  
26603 Aurich

## **Wahlaussage Eine Antwort**

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für Euren Brief zum Thema Wahlaussage.

Damit sprecht Ihr ein wichtiges Thema für diesen Wahlkampf an. Nämlich das Verhältnis von Inhalten und Macht. Macht ohne Inhalt ist zynischer Selbstzweck. Aber Inhalt ohne Macht verzichtet auf die Umsetzung eigener Ziele:

Gäbe es in Deutschland einen Ausstieg aus der Atomenergie, ein Erneuerbares Energie Gesetz, die Ökosteuer, das Gentechnikgesetz, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, den Boom des Ökolandbaus ohne sieben Jahre GRÜNE an der Regierung?

2009 ziehen wir in einen schwierigen Wahlkampf. Wir setzen zu Recht vor allem auf unsere Inhalte. Wir setzen auf Grün.

- ↳ Wir streiten für den Ausstieg aus der Atomenergie und sind als einzige der sichere Garant, dass es beim Atomausstieg bleibt.
- ↳ Gegen neue Kohlekraftwerke und für mehr Erneuerbare, Energieeffizienz und Energiesparsamkeit.
- ↳ Investitionen in Klima, Gerechtigkeit und Bildung sollen 1 Mio. neuer Jobs schaffen.

- ↳ Wir wollen einen Kindergartenplatz für alle ab dem 1. Lebensjahr, flächendeckende Ganztagschulen und 250 000 neue Studienplätze ohne Studiengebühren finanziert aus dem Bildungssoli.
- ↳ Wir wollen einen Mindestlohn einführen, Sozialversicherungsbeiträge für Wenigverdiener senken und das Arbeitslosengeld II auf 420 € anheben.
- ↳ Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gentechnik und vor den schwarzen Schafen der Finanzwirtschaft besser schützen.
- ↳ Wir wollen ein gerechteres und einfacheres Steuerrecht mit einem höheren Spitzensteuersatz und einer stärkeren Besteuerung von Erbschaften.

Wir wollen einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Aber je deutlicher wir unsere Inhalte machen, umso dringlicher werden wir – ob Spitzenkandidaten, Parteivorsitzende, Landesvorsitzende, Kreisvorsitzende oder einfaches Mitglied – in den nächsten Monaten gefragt werden, in Interviews, auf der Straße am Stand und bei Diskussionen:

*"Das ist ja alles prima. Sie wollen Schwarz-Gelb verhindern. Sie wollen die große Koalition beenden? Wie wollen sie das denn machen? In welcher Konstellation können Sie ihren Inhalten Macht verschaffen?"*

Und dann muss jede und jeder von uns mit einem Satz antworten können – und der kann nicht sein,

*"mal sehen" ... "warten wir es ab" ... „da gibt es viele Möglichkeiten" ...  
... "also ich schließe nichts aus" ... "ich kann mir auch ein Bündnis mit  
CDU/CSU vorstellen"*

All diese Antworten werden als Ausflüchte genommen. Die Grünen sagen nicht, was sie wirklich wollen. Das würde unsere Glaubwürdigkeit zerstören – auch die Glaubwürdigkeit unserer Inhalte. Wer nach allen Seiten offen ist, ist nicht ganz dicht. 50 % unserer Wählerinnen und Wähler haben eine klare Zweitoption namens SPD – wo sie bei solchen Angaben hinflüchten, kann man sich an fünf Fingern abzählen.

Also ist eine Wahlaussage notwendig. Sie ist nichts anderes als unsere Botschaft an die Wählerinnen und Wähler, wie wir unsere grünen Inhalte umsetzen können und was sie von uns zu erwarten haben. Für eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis, egal mit wem, stehen wir nicht zur Verfügung.

Eine Wahlaussage ist geltende Beschlusslage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Länderrat hat im letzten Jahr – einstimmig – beschlossen: Es soll eine Wahlaussage auf dem Parteitag im Mai 2009 getroffen werden. Der Bundesvorstand hat dies in seiner Wahlkampflinie ausdrücklich bestätigt. Der Bundesvorstand hat – auf unseren Vorschlag – am 09.02.09 skizziert, wie eine solche Wahlaussage aussehen kann:

*„Wir wollen und wir können regieren. Wir wollen grüne Ideen verwirklichen. Wir werden auch im Wahlkampf unseren Kurs der Eigenständigkeit fortsetzen. Nach Lage der Dinge wird es für rot-grün nicht reichen. Im Fünf-Parteien System sind viele Konstellationen rechnerisch denkbar. Ob sie politisch realistisch sind, ist eine Frage der Inhalte. Unsere Antwort ist: Die Möglichkeiten, grüne Politik durchzusetzen sind in der Ampel am größten. Sie ist schwierig – aber sie ist die machtpolitische Alternative zu Schwarz-Gelb oder einer Große Koalition.  
Die Spitzenkandidaten und der Bundesvorstand wollen zur BDK im Mai einen Formulierungsvorschlag für eine konkret formulierte Wahlaussage vorlegen.“*

Dabei es ist völlig klar: wenn wir unsere Inhalte in Koalitionsverhandlungen nicht hinreichend durchsetzen können, dann bleiben wir in der Opposition. Dass wir Opposition können, haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen.

Dass die Ampel nach Lage der Dinge die einzige Alternative zu Schwarz-Gelb oder der Großen Koalition ist, mag man bedauern. Es kann einen ärgern. Aber es gibt, außer man setzt auf Jamaika, keine andere realistische Konstellation. Und das ist nicht Schuld der Grünen. Es liegt nicht an uns, wenn die PDL sich ins Abseits stellt und eine große Koalition besser findet, als sich selber so zu reformieren, dass sie regierungsfähig wird. Wir haben es nicht zu verantworten, wenn die SPD lieber bei Frau Merkel unterschlüpft als mit Lafontaine zu sprechen. Aber es kann auch nicht unser Interesse sein, als Steigbügelhalter für Schwarz-Gelb zu agieren.

Ja, es stimmt: Die FDP steht in den meisten Fragen nicht an unserer Seite, sondern ist Gegner unserer Politik – in der Energiepolitik, in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Da können auch gelegentliche Gemeinsamkeiten in der Europa- und Abrüstungspolitik nicht drüber hinweg täuschen.

Vor allem aber, will die FDP eines: Regieren. Und nach elf Jahren in der Opposition im Bund umso dringlicher. Dafür ist sie zu manchem Manöver in der Lage. Aschermittwoch wettet Westerwelle gegen Staatshilfen als „DDR-light“, Brüderle spricht von „VEB Opel“. Aber die FDP-Minister NRWs und Hessens sind vorne mit dabei, wenn es darum geht, Milliardenbürgschaften für Opel auszugeben. Und selbstverständlich haben alle FDP Regierungen dem Konjunkturpaket der Großen Koalition zugestimmt, allem Gekrähe von Westerwelle zum Trotz.

Nein, die Erfahrungen von Bremen und Brandenburg – wo es Mitte der 90er Jahre solche Koalitionen gegeben hat – belegen, wie schwierig Ampel-Koalitionen sind. Aber die drei Parteien haben eine gemischte Konfliktlage mit unterschiedlichen Allianzen. In Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Atompolitik wie der Erneuerbaren Energien stehen GRÜNE und SPD der FDP gegenüber, in Fragen der Industriepolitik und der Kohlepolitik haben FDP und SPD mehr gemein, in Fragen des Datenschutzes gegenüber dem Staat oder von kleinen Unternehmen dagegen GRÜNE und FDP, während beim Verbraucherschutz die FDP die Interessen der Wirtschaft gegenüber GRÜNEN und SPD hochhält.

Sicherlich wird die FDP nicht alles fürs Regieren aufgeben, aber der Druck aus ihrer Wählerschaft und der ganz persönliche Druck auf Westerwelle werden enorm sein, auf jeden Fall eine Große Koalition verhindern.

Wer glaubt, dass wir deshalb die FDP im Wahlkampf schonen werden, irrt. Im Gegenteil: Inhaltlich hat sie von uns keine Schonung zu erwarten, wie ihr es im Programm nachlesen könnt. Wir werden sie treiben. Und schon diese Wahlaussage kann ihr nicht gefallen. Denn sie will Schwarz-Gelb und ihre CDU-Leihwähler behalten. Die Diskussion um eine Ampel aber gefährdet dies.

Koalitionen sind keine Beziehungen. Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit. Wir schonen auch die SPD im Wahlkampf nicht. Wir werden sie für jede Sauerei der Großen Koalition in Haftung nehmen. Wir haben nicht zu verschenken. CDU und FDP sind im Wahlkampf unsere Hauptgegner, die SPD ist unser Hauptkonkurrent.

Gegen sie setzen wir unsere Inhalte, die Forderung nach einem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Um ihn umzusetzen, müssen GRÜNE stärker werden. Wir müssen Schwarz-Gelb verhindern und die Große Koalition beenden. Dafür müssen wir den Menschen sagen, was die Alternative ist, gerade wenn es keine einfache ist.

Mit herzlichen Grüßen

